

Deutliches Nein zur Begrenzungsinitiative – aber nicht überall

61,7 Prozent der Schweizer Stimmbevölkerung schicken die SVP-Initiative bachab. In Schaffhausen sagt manch eine Gemeinde allerdings Ja.

Reto Zanettin

BERN/BEGGINGEN. Volk und Stände haben die Begrenzungsinitiative abgelehnt. Der Nein-Stimmen-Anteil betrug 61,7 Prozent. Eine Mehrheit für die SVP-Initiative fand sich nur in den Kantonen Appenzell-Innerrhoden, Glarus, Schwyz und Tessin. Im Kanton Schaffhausen stimmten 56,6 Prozent der Stimmberechtigten Nein.

Anders verhielt es sich bisweilen im Lokalen. In der Schaffhauser Gemeinde Beggingen stellten sich zwei Drittel der Urnengängerinnen und Urnengänger hinter das Volksbegehren, demzufolge die Schweiz die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig regeln sollte.

Die SN nahmen einen Augenschein vor Ort. Gleich neben dem Gemeindehaus befindet sich das Restaurant Sonne. «Die beiden Häuser gehören zusammen. Es wäre sonst für Private schwierig, in der kleinen Gemeinde ein Restaurant zu führen», sagt Markus Gnädinger. Er ist Baureferent und sitzt seit Jahren im Gemeinderat. Zur Welt kam er allerdings auswärts. Er sei ein Zugezogener. Bei seiner Ankunft habe man ihn angefragt, ob er im Gemeinderat mitwirken wolle. Er habe Ja gesagt und sei stets aufs Neue im Amt bestätigt worden.

Neben Gnädinger sitzen Roland Gamper und Beatrice Lutz am Stammtisch des «Sonne». Gamper ist Forst- und Feuerwehrreferent, Lutz kümmert sich um die Finanzen und das Schulwesen. Gemeinsam haben die drei ihre Mitgliedschaft bei der SVP. Ausser ihr gebe es keine Partei in Beggingen, lediglich einige Leute sympathisierten beispielsweise mit den Sozialdemokraten.

Blick auf das Nationale gerichtet

Die lokale Stärke der SVP sei gewiss ein Grund für die deutliche Zustimmung zur Begrenzungsinitiative, sagt Gnädinger. Eine andere Ursache nennt Gamper: «Die 10-Millionen-Schweiz bereitet uns schon auch Sorgen.» Und Gnädinger erinnert sich: «Als ich noch zur Schule ging, wohnten rund drei Millionen Menschen in der Schweiz.» Mittlerweile seien es zwei- bis dreimal so viele. Die Bevölkerung konzentriere sich vor allem im Mittelland. Immer enger würde es vor allem in den Städten. Deswegen sei es ihm und seinen Parteikollegen ein Anliegen, dass das Bevölkerungswachstum in Grenzen gehalten werde. Auch Beggingen solle nicht allzu stark wachsen, dennoch aber nicht schrumpfen, sagt Gnädinger.

«In Beggingen selbst haben wir noch genug Land und sind weniger stark betroffen, als es die Leute andernorts sind», sagt Gnä-



«Das Ja hat etwas Schizophrenes.»

Markus Gnädinger
Begginger Gemeinderat

Roland Gamper (l.) und Markus Gnädinger sitzen am Stammtisch des Restaurants Sonne.

BILD RZA

ding. Die Gemeinde habe sich stets offen gegenüber Fremden gezeigt und lebe aufgrund der Grenz Nähe gewissermassen Tür an Tür mit ihnen. «Das Ja hat insofern etwas Schizophrenes.» Doch die Begginger hätten den Blick auf die nationalen Probleme der Zuwanderung gerichtet und der SVP-Initiative deswegen zugestimmt.

Im Ort selbst habe man kein Problem mit Zuwanderern, sind sich die drei Gemeinderatsmitglieder einig. Seine Frau, erzählt Gnädinger, stamme aus Thailand. Sie spreche Deutsch und sei auch sonst gut integriert. Lutz sagt, sie sei in Beggingen zur Welt gekommen, im Ort aufgewachsen, dann aber in die Stadt gezogen. Nachdem sie und ihr Mann Kinder bekommen hätten, sei die Familie wieder zurück in die 500-Seelen-Gemeinde gezogen und sofort willkommen geheissen worden. Die Gemeinde biete vieles, was Familien schätzten – eine intakte Natur ebenso wie beispielsweise eine Schule.

Ähnlich wie der Familie Lutz ergehe es Flüchtlingen, die in Beggingen ankämen,

sagt Gnädinger. Es handle sich oft um Familien. Die Kinder besuchten die Schule, wodurch sich die Eltern ebenfalls in das Dorfleben integrieren würden. Beispielsweise würden viele freiwillig an Vereins- oder öffentlichen Anlässen mithelfen. Begrüsst würden jedoch auch Leute, die beispielsweise aus der Stadt – die Rede ist von Schaffhausen und Zürich – aufs Land zögen, aber eher für sich bleiben und nicht so sehr am öffentlichen Leben teilnehmen wollten.

Nur «motzen» geht nicht

«Deutsche können praktisch zu Fuss über die Grenze spazieren», sagt Gamper. Manche aus dem nördlichen Nachbarland liessen sich hier nieder, andere kämen zum Arbeiten. Akzeptiert seien alle. Nur zweierlei gehe nicht. «Wir hatten vor Jahren einmal Probleme mit einem, der kriminell wurde. Ein Einzelfall.» Schwierig sei es ausserdem, wenn Zugewanderte glaubten, sie könnten das Dorfleben kritisieren und «motzen». Ansonsten schätzten die Begginger

die Nähe zur Grenze durchaus. Dazu führt Gnädinger einermassen überraschend aus: «Wenn ich rasch etwas besorgen muss, fahre ich lieber nach Stühlingen als nach Schaffhausen.» Der Weg über die Grenze benötige zehn Minuten Zeit, nach Schaffhausen müsse man fast das Doppelte veranschlagen.

Mittlerweile zeigt die Uhr an der Wand des Restaurants Sonne 17 Uhr an. Wir brechen allmählich auf. Die Begginger Politiker geben uns eine Anekdote mit auf den Weg. Sie zeige, dass man schon seit jeher mit Fremden gut zurechtgekommen sei. Vor langer Zeit, schildert Gnädinger, seien Fahrende in den Ort gekommen. «Sie durften eine Zeit lang bleiben.» Doch man münke, sie hätten dafür Lebensmittel und andere Güter des täglichen Lebens über die Grenze herbeischmuggeln müssen. Gamper mutmasst, es sei womöglich sogar zu einer Durchmischung in der Bevölkerung gekommen. Doch so genau wisse man das heute nicht mehr.

Kommentar

Die eigentliche Bewährungsprobe steht erst an

Das es am Ende so herauskommen würde, war eigentlich schon im Vorfeld des Urnengangs zur Begrenzungsinitiative vergleichsweise klar, denn nicht einmal die sonst unverdrossen allein kämpfende SVP schien noch richtig an einen Sieg zu glauben: Zu gross war die Front des Widerstandes, zu breit und zu einzig das Feld der Gegnerschaft. Mit einem Nein-Stimmen-Anteil von knapp 62% ist das Resultat nun deutlich und lässt wenig Zweifel daran, dass die Volkspartei mit ihrer Initiative diesmal am Volkswillen vorbeigezogen hat. Am bilateralen Weg will eine klare Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer nicht rütteln. Nur: Das hätte man schon vor diesem Wochenende wissen können. Diese Anbindung an den Binnenmarkt über ein massgeschneidertes Vertragsgeflecht wurde mehrfach in Volksabstimmungen bestätigt. Es wäre überaus überraschend gewesen, wenn es hier zu einer

Kehtwende gekommen wäre. Dabei spielte es nur am Rand eine Rolle, dass nicht einmal die Initianten die Kündigung der Verträge ultimativ verlangt haben; sie hätten diesen vertragslosen



Robin Blanck
Chefredaktor

robin.blanck@shn.ch

«Die Vorstellung, dass wir gestern die Bilateralen gerettet haben, ist eine Illusion.»

Zustand aber riskiert. Das ging einer Mehrheit zu weit: Zu risikoreich, mit zu wenig Aussicht auf Erfolg wurde der Verhandlungspoker mit einer zunehmend unflexiblen EU eingestuft, welche im Nachgang des Brexit-Traumas derzeit

mit einer besonders rigiden Haltung gegenüber Partikularinteressen von Mitgliedern wie Partnern auftritt. Dass die Corona-Pandemie dabei eine wichtige Rolle gespielt hat, ist naheliegend: Die wirtschaftlichen Folgen des Virus sind noch schwer absehbar, holen uns aber bereits ein. Das dürfte es manchem erschwert haben, mit einem Ja zur Initiative den Bruch mit dem grössten Handelspartner zu riskieren und so die bereits vorhandenen Unsicherheiten noch zu vergrössern. Dass sich die SVP, stark beschäftigt mit der internen Nachfolgeregelung, nicht auf der Höhe früherer Abstimmungskämpfe zeigte sowie der Umstand, dass die Mobilisierung über Auftritte bei der Bevölkerung nicht im gleichen Ausmass möglich war, dürfte ein Übriges getan haben. Dennoch: Das gestrige Votum als Wunsch nach unregelmässiger Zuwanderung und völlig offenen Grenzen zu

verstehen, wäre falsch. Der mögliche Verlust der Bilateralen stand im Vordergrund, die Frage des Umgangs mit Zuwanderung bleibt weiterhin ungeklärt: Noch immer steht seit Annahme der Masseneinwanderungsinitiative 2014 in der Schweizer Verfassung, «dass die Schweiz die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig» steuert. Dieser Artikel harret weiterhin der korrekten Umsetzung. Zwischenfazit: Nein zum Poker mit der EU, keine Aufgabe der Bilateralen. Dazu hat sich das Land gestern geäussert. Das Bekenntnis zum Bilateralismus kann man als Stellungnahme gegen eine stärkere EU-Anbindung verstehen: Die Schweizerinnen und Schweizer wollen ein geregeltes Verhältnis, aber eines mit der nötigen Distanz. Der gestrige Sonntag ist als wichtiger Markstein auf diesem Weg zu verstehen, mehr aber nicht: Die eigentliche Bewährungsprobe in dieser Frage

liegt nicht hinter, sondern vor uns: Mit dem im Abstimmungskampf fast totgeschwiegenen institutionellen Abkommen (InstA) droht ein weiterer Angriff auf unsere Souveränität, der auch erneut Fragen der Zuwanderung – Stichwort: Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie – umfasst. Erst am Wochenende hat EU-Ratspräsident Charles Michel deutlich gemacht, dass der EU-Marktzugang nur noch zu haben sei, wenn die EU-Regeln übernommen werden. Dass das auch an die Schweiz gerichtet war, scheint klar. Die Vorstellung, dass wir gestern die Bilateralen gerettet haben, ist eine Illusion: Wir haben lediglich beschlossen, sie nicht von uns aus zu kündigen. Bereits läuft die nächste Verhandlungsrunde mit der EU, und die Schweiz wird rasch zeigen müssen, ob sie genug Kraft und Mut hat, diesen weitaus gefährlicheren Druckversuchen der Europäischen Union zu widerstehen.

VIDEO
Stimmen zur Begrenzungsinitiative unter www.shn.ch/click